

Gefährdungsbeurteilung Mutterschutzrecht

Fachtagung der BG ETEM
München, 22.05.2019

EU-Recht

- Mutterschutzspezifische Gefährdungsbeurteilung für bestimmte Tätigkeiten erforderlich (Art. 4 RL 92/85/EWG)
- Richtlinien bedürfen der Umsetzung in nationales Recht (Art. 288 UAbs. 3 AEUV)
- Bis zum 31.12.2017 umgesetzt in der MuSchArbV

Schwangere und Stillende

- Grundsätzlich sind Schwangere und Stillende auch durch das ArbSchG geschützt (vgl. Art. 4 Nr. 5 ArbSchG)
- Zeugungsfähigkeit: Aspekt des ArbSchG
- Nasciturus: nicht durch das ArbSchG geschützt
- Das zu stillende Kind: nicht durch das ArbSchG geschützt

Mutterschutzrecht

- Mutterschutzgesetz spezifiziert den Arbeitsschutz für Schwangere und Stillende und schützt darüber hinaus auch das (ungeborene) Kind
- Leibesfrucht auch geschützt durch die Unfallversicherung (§ 12 SGB VII)

Gefährdungsbeurteilung

- Seit dem 01.01.2018 ist immer auch zu beurteilen, welchen Gefährdungen Schwangere oder Stillende ausgesetzt sind (§ 10 Abs. 1 MuSchG)
- Die Gefährdungsbeurteilung muss im Rahmen der Beurteilung nach § 5 ArbSchG erfolgen
- Die Verknüpfung der mutterschutzrechtlichen Gefährdungsbeurteilung mit der Gefährdungsbeurteilung ist bewusst durchgeführt worden

Gefährdungsbeurteilung

- Unerheblich, ob Frauen im Betrieb arbeiten
- Unerheblich, ob Frauen im gebärfähigen Alter im Betrieb arbeiten
- Sie ist folglich „immer“ durchzuführen
- Die Erstellung der Gefährdungsbeurteilung erst bei Kenntnis der Schwangerschaft bzw. des Stillens ist zu spät!

Information der Beschäftigten

- Der Arbeitgeber ist verpflichtet, alle bei ihm beschäftigten Personen über das Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung zu informieren (§ 14 Abs. 2 MuSchG)
- Informationspflicht betrifft auch alle männlichen Personen!

Fachkunde

- Die Gefährdungsbeurteilung muss dem Stand der Technik, der Arbeitsmedizin und der Arbeitshygiene entsprechen (§ 9 Abs. 4 S. 1 MuSchG)
- Fehlt dem Arbeitgeber die entsprechende Fachkunde, so muss er sich fachkundig beraten lassen (z. B. durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit oder den Betriebsarzt)

Dokumentation

- Das Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung ist zu dokumentieren (§ 14 Abs. 1 S. 1 MuSchG)
- Aufsichtsbehörde kann Einzelheiten zu Art und Umfang der Dokumentation anordnen (§ 29 Abs. 3 S. 2 Nr. 9 MuSchG)
- Dokumentation ist auf Verlangen der Aufsichtsbehörde vorzulegen oder einzusenden (§ 27 Abs. 3 Nr. 4 MuSchG)

Individuelle Gefährdungsbeurteilung

- Der Wortlaut des aktuellen MuSchG kennt keine individuelle Gefährdungsbeurteilung
- Aber: Gesetze müssen europarechtskonform ausgelegt werden (Art. 288 UAbs. 3 AEUV, „effet utile“, Gebot der Unionstreue nach Art. 4 Abs. 3 EUV)

Individuelle Gefährdungsbeurteilung

- Art. 4 Abs. 1 RL 92/85/EWG legt fest, dass für bestimmte Tätigkeiten alle Risiken für Sicherheit und Gesundheit sowie alle Auswirkungen auf Schwangerschaft oder Stillzeit abgeschätzt werden müssen
- Die Risikobeurteilung genügt nur dann Art. 4 RL 92/82/EWG, wenn sie „eine spezifische Prüfung unter Berücksichtigung der individuellen Situation der betreffenden Arbeitnehmerin erfasst“ (EuGH, Urteil v. 19.10.2017 „Otero Ramos“ – C 531/15)

Individuelle Gefährdungsbeurteilung

Mögliche Lösung:

- Europarechtskonforme Auslegung der §§ 10 Abs. 2 S. 2, 9 Abs. 1 S. 2 MuSchG

Diskriminierung der Frau

- Die fehlende bzw. fehlerhafte Gefährdungsbeurteilung stellt eine Diskriminierung der Frau dar (EuGH, Urteil v. 19.10.2017 - C 531/15)
- Mögliche Folgen: Entschädigungsansprüche nach § 15 Abs. 2 AGG

Bußgeld

- Seit dem 01.01.2019 bußgeldbewehrt (Art. 10 Abs. 1 S. 3 G. zur Neuregelung des Mutterschutzrecht, § 32 Abs. 1 Nr. 6 MuSchG)

Fragen, Diskussion...

Patrick Aligbe

arbeitsschutz@sicherheitsrecht-bayern.de